

## AKTUELL

MOBILFUNKANLAGEN

# Diktatur der Anbieter

Christiane Walerich

**Werden Transparenz, Bürgerbeteiligung und Gesundheitsschutz bei der Installation von Mobilfunkanlagen wirklich berücksichtigt? Themen einer von Mouvement und Akut organisierten Konferenz.**

„Ich kann nicht schlussfolgern, dass wir unserem Minister vorschlagen sollen, das Vorsorgeprinzip von 3 Volt/Meter zu verändern. Ich sehe keinen Handlungsbedarf“, so Claude Geimer, beigeordneter Direktor des Umweltministeriums auf einer von Mouvement und Akut organisierten Konferenz, bei der es um Belastungen durch Mobilfunkanlagen und die Rolle kommunaler Standortkonzepte ging. Geimer, der die rechtlichen Grundlagen und die Genehmigungsprozeduren für Mobilfunkantennen erläuterte, fand es außerdem unangebracht, dass Organisationen wie der Mouvement eine Auflistung der Standorte aller Antennen verlangen. „Das ist zu umständlich. Die Anfrage muss genauer formuliert sein“, so der Beamte. Doch gerade der Zugang zu Dokumenten und die Transparenz der Verfahren sind Anliegen, die beim Staat des öfteren zu kurz kommen, nicht nur bei den Mobilfunkanlagen.

So stellt der Mouvement eine widersprüchliche Entwicklung fest - dass die Begrenzung der Strahlenbelastung von auf maximal 3 V/Meter bei Mobilfunkanlagen immer mehr aufgeweicht wird, während zugleich die Wissenschaft einen stärkeren Gesundheitsschutz und damit geringere Werte fordert.

„Andere Städte haben geringere Emissionswerte. So Brüssel mit 1,94 Volt/Meter oder Salzburg mit 0,6 Volt/Meter“, stellt Fränz Hengen vom Mouvement fest. Kritisch bewertet werden von der Umweltorganisation die sektoriellen Pläne, die keine Gesundheitsbelange berücksichtigen, sondern lediglich die Vorgehensweise der Baugenehmigung regeln. Damit haben die Gemeinden kaum irgendwelchen Einfluss auf die Auswahl der Standorte. „Den Anlagebetreibern wurden dadurch sehr günstige Bedingungen zugestanden“, kritisiert der Mouvement. Auch seien durch die Neufassung des Kommodo-Gesetzes 2007 der Schutz und die Partizipationsmöglichkeit der BürgerInnen weiter eingeschränkt worden: Während bisher für Anlagen unter einer Gesamtleistung von 2.500 Watt eine Kommodo-Prozedur der

Klasse 1 mit öffentlichem Verfahren und Einspruchsrecht vorgeschrieben waren, unterliegen sie seit 2007 nur noch einer Klasse-3-Prozedur; Anlagen unter 100 Watt benötigen überhaupt keine Betriebsgenehmigung mehr - damit haben BürgerInnen, aber auch Gemeinden, keine Einspruchsmöglichkeit mehr.

Ein weiterer Punkt der Kritik: 2011 habe François Biltgen quasi unbemerkt die Genehmigungsprozedur für das Errichten von Mobilfunkanlagen abgeändert: Nunmehr sei nicht mehr die Ausgangsleistung, sondern die Eingangsleistung der Antenne ausschlaggebend für die Einstufung in eine spezifische Klasse im Rahmen der Kommodo-Gesetzgebung. Diese jedoch kann um ein Vielfaches höher sein, als die Ausgangsleistung. Antennen, die bislang eine Genehmigungsprozedur der Klasse 1 benötigten, befinden sich nun in Klasse 3 - für eine ganze Reihe von Anlagen entfallen damit die Gesundheitsauflagen. Vor diesem Hintergrund fordern Akut und Mouvement, dass in den sektoriellen Plan zu den Mobilfunk-Antennen Erfordernisse des Gesundheitsschutzes aufgenommen werden. „Das Gesundheitsministerium statt das Umwelt- und Arbeitsministerium sollte im Dossier der Mobilfunkanlagen federführend sein“, fordert Jean Huss von Akut. Außerdem müsse eine systematische und unabhängige Kontrolle der Grenzwerte der verschiedenen Anlagen erfolgen. Der deutsche Spezialist Bernd Rainer Müller vom „Ingenieurbüro für Arbeitsschutz und Messtechnik“ wies bei der Veranstaltung auf die Gesundheitsgefahren hin, die vor allem durch die Summierung der Bestrahlungen entstehen. Auch sei die Berechnung der Strahlung sehr komplex, oft werde nicht die - bedarfsabhängige - Spitzenleistung der Anlagen als Grenzwert genommen. Seine Empfehlung geht dahin, die Aufstellung der Mobilfunkanlagen an Lärmkarten zu orientieren, die Anlagen also dort zu installieren, wo die Belastung der Bevölkerung am geringsten ist.

Infos unter: [www.emwelt.lu](http://www.emwelt.lu),  
[www.vdl.lu/Environnement+et+Urbanisme/Environnement/Champs+A9lectromagn%C3%A9tiques.html](http://www.vdl.lu/Environnement+et+Urbanisme/Environnement/Champs+A9lectromagn%C3%A9tiques.html)  
[www.oeko.lu](http://www.oeko.lu)  
[www.akut.lu](http://www.akut.lu)

## SHORT NEWS

## Vollmundiges Bekenntnis zur Frauenquote

(avt) - In ihrer gemeinsamen parlamentarischen Anfrage wollten die Abgeordneten Claudia Dall'Agnol und Marc Angel (LSAP) wissen, wie es in Luxemburg um die Frauenquote bestellt ist. Zugrundegelegt wurde die von Viviane Reding auf EU-Ebene lancierte Regelung, wonach 40 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen sitzen sollen. Die Abgeordneten fragten danach, ob die Regierung diese Quote unterstütze und ob es Probleme bei deren Umsetzung gäbe. In ihrem Antwortschreiben stellt sich die Gleichstellungsministerin nun voll und ganz hinter diese Quote. Gäbe es bis Ende 2013 keine sichtbare Verbesserung der Frauenförderung, so würde sie nicht zögern, für Luxemburg einen eigenen Gesetzesentwurf auf den Weg zu bringen. Vielleicht wäre das sogar wünschenswert, denn dann könnten von einer wirklichen Frauenförderung in Luxemburg mehr als circa 100 gut verdienende Aufsichtsräte profitieren. Denn hierzulande gibt es kaum mehr als 20 börsennotierte Unternehmen, die von der europäischen Regelung betroffen sind. Bleibt die Frage, was die Gleichstellungsministerin in ihrer Amtszeit außer „DivBiz - Diversity in Business“ an Maßnahmen auf den Weg gebracht hat und wie lange die Frauenquote auf nationaler Ebene auf sich warten lässt.

## Sainte Irmine, priez pour eux!

(lc) - Cette semaine, l'église catholique luxembourgeoise a annoncé la naissance d'une nouvelle fondation sous son égide. Pieusement baptisée « Fondation Sainte Irmine », du nom de la gente dame qui, en 697, donna ses terres près d'Echternach à Saint Willibrord pour qu'il puisse y ériger son monastère. La fondation sera consacrée à plusieurs projets : le « Centre for Child Protection » de l'université papale Gregoriana - alors qu'on devrait plutôt protéger les gosses de l'église -, elle permettra aussi des jeunes croyants d'aller voir le nouveau « pape des pauvres » à Rio en été et un projet appelé « Energy Church », destiné à fixer des panneaux solaires sur des églises, histoire de leur redonner un peu de sens. Mais il y a tout de même un petit problème : le vicaire général Erny Gillen a déclaré sur RTL-Radio au sujet de la fondation « nous n'avons pas de moyens et devons recourir à la générosité du public », alors que le Mémorial C, où sont listées toutes les sociétés et associations, parle une autre langue. En effet, la Fondation Sainte Irmine dispose d'un patrimoine propre de 250.000 euros. Largement de quoi acheter quelques panneaux solaires et des tickets pour Rio sans se déguiser en pauvre frère franciscain.

## Schieflage, die Siebte

(rg) - Im letzten Jahr des Überflusses, 2007, veröffentlichte Caritas Luxemburg das erste Mal seinen Sozialalmanach. Pünktlich zur Erklärung zur Lage der Nation forderte die katholische Sozialorganisation damals mehr „soziale Gerechtigkeit“, die mehr und mehr in Frage gestellt schien, weil die Schere zwischen reich und arm immer weiter auseinanderklaffte. Dieses Jahr sind die „Services sociaux d'intérêt général“ das Hauptthema. Hinter dieser trockenen Terminologie verbirgt sich ein für die Träger der sozialen Hilfsdienste immer komplexeres Problem, weil die EU immer mehr vorschreibt, welche Dienste von staatlichen und europäischen Subventionen profitieren können und welche nicht. Doch dürfte, wie jedes Jahr, das eigentliche Politikum des Almanachs in der Darstellung der sozialen Lage der Nation bestehen: Hier warnt die Caritas vor einer Lösung der Staatsverschuldung, allein auf dem Buckel der Sozialschwachen. Junckers Rede dürfte hier nur teilweise Satisfaktion gebracht haben. Zwar verschreibt dieser sich einer gewissen Fairness, doch Maßnahmen wie die Erhöhung der TVA werden vor allem die mit den schmalen Geldbeutelnden treffen. Auch von der vielgepriesenen stärkeren sozialen Selektivität hält Caritas nicht viel. Zahlreiche Hilfsleistungen sind bereits nach Einkommen gefächert, die möglichen Ersparnisse demnach gering. Einzig beim Kindergeld sieht die Caritas eine Handlungsmöglichkeit: Es könnte nominal zurückgeführt - und die ersparte Summe so in eine flächendeckende Kinderbetreuung überführt werden, was einkommensschwachen Paaren erlauben würde endlich zu zweit für den Lebensunterhalt der Familie zu sorgen.